

International

Griechenlandkrise

Athen muss noch auf die neuen Milliarden warten

Die Euroländer sind nicht zufrieden: Griechenland soll seine Sparzusagen präzisieren.

Von Stephan Israel, Brüssel

Das Misstrauen ist gross, kein Wunder, nach zwei Jahren der verpassten Fristen und der gebrochenen Zusagen. Hat Griechenland nun die Sparauflagen seiner Geldgeber erfüllt oder nicht? Die Informationen aus Athen waren den ganzen Tag über widersprüchlich. Entsprechend skeptisch zeigten sich die Finanzminister der Euroländer gestern Abend zu Beginn ihres Krisentreffens. «Ich denke nicht, dass wir zu definitiven und endgültigen Beschlüssen kommen», dämpfte der Luxemburger Regierungschef und Eurogruppen-Vorsitzende Jean-Claude Juncker die Erwartungen. Es gebe noch viele Unklarheiten. Juncker stellte einen endgültigen Entscheid über das zweite Hilfspaket für nächste Woche in Aussicht.

Skeptisch klang auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. Die Rahmenbedingungen für ein neues Hilfsprogramm für Griechenland seien noch nicht erreicht. Die Griechen hätten einen «Verhandlungsstand» präsentiert, aber noch keine Einigung. EU-Währungskommissar Olli Rehn mahnte die Regierung in Athen, die europäischen Partner zu überzeugen, dass das neue Sparpaket funktionieren könne.

Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos gab den Skeptikern am Abend indirekt recht. Man habe mit der Troika eine Einigung auf «Beamtenebene» erzielt. Griechenlands Geldgeber wollen jedoch die Unterschrift der Parteiführer des Landes, damit diese sich nach den für April geplanten Neuwahlen nicht aus der Verantwortung ziehen können.

Die Vorgabe der Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission lautete, in diesem Jahr 3,3 Milliarden Euro einzusparen. Bis 2015 sollten sich die Ersparnisse aus Kürzungen im Gesundheitssystem, bei der Armee und der Entlassung von 150 000 Staatsbediensteten auf 14 Milliarden Euro summieren. Besonders umstritten war die Kürzung des Mindestlohns von 751 auf 586 Euro.

Offen waren in Athen bis zuletzt Kürzungen bei Zusatzpensionen für Beamte in der Höhe von 300 Millionen Euro. Kurz vor Beginn des Finanzministertreffens meldete Ministerpräsident Lukas Papademos, der letzte Streitpunkt sei ausgeräumt. Der Rücktritt eines Staatssekretärs im Arbeitsministerium lieferte gestern zumindest ein Indiz für die Härte der Kürzungen: Er lege sein politisches Amt wegen der harten Einschnitte bei sozialen Programmen nieder, teilte der Sozialist Giannis Koutsoukos mit.

Grösserer Schuldenschnitt nötig

Die Kürzungen sind die Gegenleistung für das zweite Hilfspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro. Parallel verhandelte die Regierung in Athen mit den privaten Gläubigern über einen Schuldenschnitt in der Höhe von 100 Milliarden Euro. Die Euroländer haben die Eckdaten im Oktober festgelegt. Ziel ist es, den Schuldenberg bis 2020 von derzeit 160 auf 120 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung zu reduzieren.

In Griechenland hat sich das wirtschaftliche Klima seit Oktober aber weiter verschlechtert. Es ist deshalb klar, dass es entweder einen grösseren Schuldenschnitt oder eine Aufstockung der Hilfskredite braucht. Eurolands oberster Währungshüter Mario Draghi schloss gestern nicht aus, dass die Europäische Zentralbank sich am Schuldenschnitt beteiligen könnte. Die EZB ist mit Staatsanleihen im Kaufwert von 40 Milliarden Euro der grösste Gläubiger Athens.

Dossier: Die Eurokrise
www.eurokrise.tagesanzeiger.ch



Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos im Gespräch mit IWF-Chefin Christine Lagarde. Foto: Yves Herman (Reuters)

«Es gibt eine Spirale der Unsicherheit»

Politologe und EU-Experte Janis Emmanouilidis hält Sparen allein für den falschen Ausweg aus der Krise Griechenlands.

Mit Janis Emmanouilidis sprach Stephan Israel, Brüssel

Die Politiker in Athen haben die neuen Sparvorgaben akzeptiert, das zweite EU-Hilfspaket ist auf gutem Weg. Ist Griechenland gerettet?

Ich sehe eine positive Entwicklung, was den Euro betrifft. Über das Schicksal Griechenlands bin ich mir hingegen nicht sicher. Nach einer heissen Phase haben wir uns in den letzten Monaten in Euroland in Richtung einer kalten Krise entwickelt. Die aktivere Rolle der Europäischen Zentralbank oder auch Italiens neuer Regierungschef Mario Monti mit seinen Reformen haben das Vertrauen auf den Märkten gestärkt.

Was verstehen Sie unter einer kalten Krise?

Das hat viel mit Psychologie zu tun. Die Krise ist alt, man will nichts mehr davon hören. Auch die meisten Marktakteure wollen raus. Abgesehen von ein paar Hedgefonds, die auf die Pleite Griechenlands gewettet haben. Seit dem letzten Sommer hat sich viel verändert. Das Bewusstsein ist gewachsen, dass wir alle in einem Boot sitzen. Zuvor dachten Deutsche, Niederländer oder Österreicher, immun zu sein.

Griechenland wird ein Teil seiner Schulden erlassen, und es erhält frisches Geld. Weshalb zweifeln Sie, dass dies reicht?

Es kann sein, dass dieser Schuldenschnitt eine positive Wirkung entfaltet. In Griechenland ist der Pessimismus aber gross. Die meisten Griechen sehen das Licht am Ende des Tunnels nicht. Die Gefahr ist, dass wir uns wieder nur Zeit gekauft haben.

Das Rezept der Europäer und des Internationalen Währungsfonds ist umstritten. Wird Griechenland kaputtgespart?

Das Land sieht sich in einem Abwärtsstrudel. Es gibt eine Spirale der Unsicherheit. Wenn ich mich in die Position eines Investors versetze, würde ich mich auch zurückhalten, unabhängig davon, ob ich nun Grieche oder Ausländer bin. Ich weiss ja nicht, was mit dem Land in 10 oder 15 Jahren ist. Solange diese Unsicherheit besteht, bringen auch die niedrigeren Löhne nicht mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Ist Sparen der falsche Weg?

Das Rezept ist nicht völlig falsch. Es ist eine Frage der Balance. Es ist richtig, den Griechen zu sagen, ihr müsst sparen, ihr habt über eure Verhältnisse gelebt, euer öffentlicher Sektor ist viel zu gross und hemmt Investitionen. Man muss auf der anderen Seite aber auch Wachstumsimpulse setzen.

Wer soll das bezahlen?

Es wäre sicher billiger gekommen, hätte man schon früher an die richtige Balance gedacht. Inzwischen gibt es unter den Euroländern ein Umdenken, und immer mehr Stimmen sagen, Sparen allein reicht nicht. Das zeigt etwa die Diskussion über den deutsch-französischen Plan für einen Wachstumsfonds.

Es gibt aber auch Stimmen, die Griechenland einen Austritt aus der Eurozone nahelegen. Nur so könne das Land wettbewerbsfähig werden. Ist da nicht etwas dran?



Janis Emmanouilidis
Der Politologe ist als Grieche in Deutschland aufgewachsen und arbeitet heute bei der Brüsseler Denkfabrik European Policy Centre (EPC).

Die Befürworter tun so, als ginge es ihnen um das Interesse Griechenlands. Dabei geht es ihnen nur darum, ein Problem loszuwerden. Ich sehe nicht, wie Griechenland so auf einen positiven Pfad kommen könnte. Ich sehe im Gegenteil eine weitere Verarmung. Das sehen auch 70 Prozent der Griechen so, die am Euro festhalten wollen. Stellen wir uns vor, Griechenland kehrt zur Drachme zurück und wertet sein Geld ab. Welche Produkte könnten wir dann besser exportieren, in welchem Bereich wären wir konkurrenzfähiger?

Und wenn die Euroländer Griechenland hinausdrängen, um die Einheitswährung zu schützen?

Das Szenario wird auch präsentiert, um Druck auf die Griechen auszuüben. Aber wenn ich mich in Angela Merkel oder Nicolas Sarkozy hineinversetze, kann es nicht in ihrem Interesse sein. Das Risiko einer Ansteckungsgefahr für Portugal, Spanien oder Italien ist zwar nicht mehr so gross wie zu Beginn der Krise. Die Gefahr ist aber nicht völlig gebannt.

Kann die griechische Regierung die neuen Sparmassnahmen angesichts drohender Streiks durchsetzen?

Das wird immer schwieriger. In einer Situation, wo sich die Lage von Monat zu Monat verschlechtert, ist es schwierig, die Interessengruppen unter Druck zu setzen. Es heisst, es brauche für den Reformdruck die Krise. Doch es gibt eine Grenze, wenn die Perspektive auf ein Ende der Krise fehlt.

Sie sind als Grieche in Deutschland aufgewachsen und kennen beide Länder. Durch die Krise haben gegenseitige Vorurteile Hochkonjunktur. Lässt sich das Verhältnis wieder reparieren?

Das Aussenbild Deutschlands ist schon sehr angekratzt. Ich hätte es gerne gesehen, wenn Angela Merkel einmal nach Athen gefahren wäre. Sie hätte auch im Interesse aller einer populistischen Rhetorik die Stirn zeigen müssen.

Die USA setzen wieder auf Atomkraft

Erstmals seit 1978 hat eine US-Aufsichtsbehörde den Bau von Atomreaktoren erlaubt. Die Nukleare Regulierungskommission (NRC) stimmte gestern mit vier gegen eine Stimme für die Errichtung von zwei Atomreaktoren in dem bereits bestehenden Atomkraftwerk Vogtle im US-Staat Georgia. Damit soll in den USA eine «atomare Renaissance» eingeleitet werden. Die rund 13 Milliarden Franken teuren Atomreaktoren könnten bereits 2016 und 2017 in Betrieb gehen.

Die NRC bewilligte den Antrag, obwohl der Vorsitzende des Ausschusses, Gregory Jaczko, wegen Sicherheitsbedenken gegen das Vorhaben stimmte. «Ich kann die Ausstellung der Lizenz nicht unterstützen, als ob Fukushima niemals passiert wäre», sagte er. Die Anlage im Bundesstaat Georgia ist die erste einer Reihe von baugleichen Kraftwerken, die in den USA derzeit geplant werden. Der Reaktor wird von dem Unternehmen Westinghouse Electric gebaut, das mehrheitlich dem japanischen Mischkonzern Toshiba gehört. (Reuters/TA)

Nachrichten

Ägypten Soldaten sollen auf den Strassen für Ruhe sorgen

Der ägyptische Militärtratt hat in Erwartung neuer Protestaktionen Soldaten und Militärpolizisten vor öffentlichen Einrichtungen postiert. Regierungsnahen Medien meldeten gestern, die Soldaten seien unter anderem rund um den Flughafen von Kairo im Einsatz. Zahlreiche Protestgruppen wollen den ersten Jahrestag des Rücktritts von Präsident Hosni Mubarak am kommenden Samstag für Proteste gegen den Obersten Militärtratt nutzen. Ausserdem rufen sie zu einem Generalstreik auf. (SDA)

Rumänien Ex-Geheimdienstchef kann jetzt definitiv regieren

Vier Tage nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Emil Boc hat Rumänien einen neuen Regierungschef. Der ehemalige Leiter des Auslandsgeheimdienstes Mihai-Razvan Ungureanu gewann gestern die Zustimmung des Parlaments, das EU-Land mit einem umgebildeten Kabinett bis zu den spätestens im November stattfindenden Wahlen zu regieren. Sein Parteikollege Boc war nach wochenlangen Protesten gegen seinen Sparkurs zurückgetreten. (Reuters)

Afghanistan Mehrere Kinder bei Nato-Luftangriff getötet

Bei einem Luftangriff durch Nato-Flugzeuge in Afghanistan sind nach offiziellen Angaben mehrere Kinder getötet worden. Präsident Hamid Karzai verurteilte den Angriff durch ausländische Truppen nachdrücklich. Der Gouverneur der Provinz Kapisa sagte, bei dem Luftangriff auf ein Dorf seien am späten Mittwochabend acht Kinder ums Leben gekommen. Der Vorfall werde derzeit untersucht, sagte ein Sprecher der internationalen Truppe Isaf. (Reuters)

Anzeige

Pflege garantiert



KLINIK SCHLOSS MAMMERN
8265 Mammern am Bodensee

Tel. +41 52 742 11 11
Fax +41 52 742 16 11
mail@klinik-schloss-mammern.ch
www.klinik-schloss-mammern.ch
www.swissleadinghospitals.ch